

Gegen das Recht auf Leben – Die Bundesrepublik auf dem Wege zur Menschenverachtung

Die Kompromisse im Streit um die Asylpolitik sind geprägt von purer Machterhaltung, was gleichzeitig bedeutet, dass der Tod der Partner ist. So wird aus Menschenfreundlichkeit Menschenfeindlichkeit.

Wir sollten uns noch einmal vor Augen halten, dass sich im Sommer/Herbst 2015 Menschen erst verstärkt auf den Weg gemacht haben, nachdem die meisten Staaten ihre zugesagten Verpflichtungen zur Finanzierung der Flüchtlingslager des UNHCR in Syrien und den Anrainerstaaten nicht nachkamen und der Tagessatz pro Kopf für die Verpflegung drastisch reduziert werden musste. Zum Leben zu wenig, zum Sterben zu viel! Deutschland zahlte einen erheblich niedrigeren Betrag. Ungarn und Österreich kamen ihrer Zusage gar nicht nach; all die Länder, die heute die Grenzen dicht machen und sich abschotten. Auch sie werden das christliche Abendland nicht retten, indem sie Zäune zieht und aus Tradition Kreuze aufhängt, sondern in dem sie christliche Werte leben und praktizieren.

Leider setzt auch der Bundestagsabgeordnete Wilfried Oellers in den Ausführungen eines Zeitungsinterviews kein Gegengewicht zu den menschenverachtenden Beschlüssen.

Wie kann man bei so vielen Menschen, die man ganz bewusst im Meer ertrinken lässt, froh sein? Diese Haltung ist nicht nur inhuman, sondern richtet sich auch gegen internationales Recht. In was für einer Welt leben wir, wenn Menschen die Ertrinkende/Sterbende retten, ins Unrecht gesetzt werden?

Weiß Herr Oellers nicht, dass sich genau das wiederholt, was 1939 geschah? Jüdische Menschen, die weder auf Kuba noch in den USA an Land gelassen wurden, obwohl sie vor den Nazis in Deutschland flohen. Sie mussten wieder nach Europa zurück und die meisten dieser Menschen wurden durch die Nazis ermordet.

Mit dieser Art von 'Flüchtlingspolitik' spielen die Regierungsparteien, aber auch viele in den Oppositionsparteien, mit dem Feuer. Soll tatsächlich das Risiko eingegangen werden, noch einmal unser demokratisches System zu zerstören, was den Nazis in den 30er Jahren des letzten Jahrtausends gelungen ist?

Geben sich unsere Politiker/innen etwa der Illusion hin, dass ein Abdriften Deutschlands nach rechts der AFD das Wasser abgräbt? Genau das Gegenteil ist der Fall. Die Meinungsumfragen machen das sehr deutlich. Je mehr die anderen Parteien nach rechts wandern, umso mehr Zustimmung erhält die AFD. Das ist schon lange zu beobachten. Inzwischen hat die AFD die SPD in der Wählergunst eingeholt. So wird die aktuelle Politik zum Steigbügelhalter der AFD, denn warum sollte ein Menschenfeind eine der Regierungsparteien als Kopie wählen – dann kann gleich das Original gewählt werden.

Anstatt endlich einmal die Fluchtursachen zu bekämpfen, werden durch solche Beiträge wie sie im Interview mit Herrn Oellers veröffentlicht werden, Flüchtlinge bekämpft. Wie ernst es der Bundesregierung mit dem Kampf gegen Fluchtursachen wirklich ist, zeigt der Etatansatz des Ministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit für die kommenden Jahre. Der

prozentuale Anteil sinkt weiter und Deutschland entfernt sich immer weiter vom angestrebten Ziel.

Wir – die westliche Welt - sind es, die mit unserer Lebensweise Flüchtlinge produzieren.

Wir leben alle auf Kosten der Flüchtlinge. Unser Wohlstand, den unser ungerechtes Wirtschaftssystem produziert, entzieht dem armen Süden das Recht auf Leben. Wir sind verantwortlich für die immer deutlicher werdende Klimakatastrophe.

Mit den nun beschlossenen menschenverachtenden Maßnahmen wird die Politik die Flüchtlinge nicht aufhalten können. Da können die mörderischen Stacheldrähte an den EU-Außengrenzen noch so hoch sein, da kann versucht werden, eine Mauer durch das Mittelmeer zu ziehen: Die Menschen werden andere Wege finden ... das hat die Menschheit immer geschafft – seitdem es uns gibt!

Wir sorgen uns darum, dass dann als einziges wirksames Mittel noch die Bekämpfung der Flüchtlinge mit Waffengewalt übrig bleibt.

Aber dann wären wir endgültig in einem zweiten III. Reich angekommen. Wir können uns kaum vorstellen, dass Herr Oellers oder andere Politiker/innen diesen Weg gehen wollen.

Hans-Joachim Schwabe

Jutta Schwinkendorf